Amerikas Angst vor den Kommunisten

Von

Theodor Dreiser

Diese politische Richtung auszusperren, bedeutet für Amerika — oder würde bedeuten — eine dauernde und in den U.S.A. unerhörte Ausschließung einer bestimmten politischen Gesinnung. Gleichwohl werden die Kommunisten von entscheidenden gesetzgebenden Faktoren als unerwünschte Leute bezeichnet, wie früher die Anarchisten der Tat. Ich bestreite jedoch, daß Anhänger eines so radikalen politischen Denkens, einer so außerordentlich logischen, genauen und ins einzelne gehenden Analyse wie der des „Kapitals" von Marx für Amerika wirklich nicht wünschenswert seien. Ich für meinen Teil würde im Gegenteil den Vereinigten Staaten unter allen Umständen eine mächtige dritte Partei wünschen.

Wenn nun aber Amerika eine solche politische Analyse illegal macht, so glaube ich — aus meiner jahrelangen Beobachtung der politischen Öde und Monotonie dieses Landes —, daß aus solchem Verbot nur Schaden entstehen kann. Denn bis jetzt haben wir hier in den U. S. A. nie etwas anderes zu hören bekommen als entweder das patriotische Geschrei der „Republikaner" mit ihrer *prosperity* oder aber das hysterische Gekreisch der Demokraten über *Korruption*. Das Niveau dieser beiden Parteien ist so sehr gesunken, daß gegenwärtig eine grundsätzliche Erörterung sozialer und staatlicher Fragen von irgendeinem allgemeinen Standpunkt geradezu unmöglich ist.

Die Massen nehmen diesen Zustand hin, wenn auch mürrisch. Für sie ist jede dritte politische Anschauung von vornherein revolutionär und aufrührerisch, und ihre Anhänger werden als „*Rote*" und als *unmoralische Menschen* gebrandmarkt.

Der bekannte Untersuchungsausschuß des Deputierten Fish — dessen Weisheit schon im Fall des Einfuhrverbots von ganz Amerika und Europa bewundert worden ist — hat geradezu den Antrag gestellt, daß künftig bloße politische Anschauungen einen Ausweisungsgrund bilden sollen. Bisher fragte man nur nach Subsistenzmitteln, nach dem Zweck des Aufenthaltes; künftig aber sollen alle diese sachlichen Erörterungen nicht mehr allein gelten. Wer kommunistisch gesinnt ist, der soll die Tür nach Amerika verschlossen finden; das ist nicht nur eine törichte Einstellung, es ist auch eine Schwächung der künftigen geistigen Substanz des Landes.

Braucht Amerika wirklich keine dritte (und zwar keine sozialistische) Partei? Was würde geschehen, wenn der Sozialismus so stark würde, daß er alle wichtigen Stellen im Staat besetzen könnte? Dann würde, schlimmstenfalls, das in der Industrie investierte Kapital in die Hände der gesamten Bevölkerung gelangen. Während zur Zeit nicht einmal ein Prozent des Wohlstandes den Arbeitern und Angestellten zugute kommt. Diesen letzteren Zustand wollen jedoch die Regierenden in den einzelnen Staaten erhalten, auf Grund ihrer Überzeugung — oder auch der Überzeugung derjenigen, denen sie ihre Stellen verdanken.

Nach kommunistischer Auffassung soll bekanntlich die Diktatur der Arbeit dazu dienen, die Diktatur des Besitzes zu überwinden. Ich will nun zunächst annehmen — oder darf ich es nicht? —, die Regierung der Vereinigten Staaten sei eine solche Diktatur des Besitzes. Dann darf ich immerhin auch feststellen, daß die Arbeiterschaft die Mehrzahl der Staatsbürger ausmacht. Wie steht es nun aber mit der Arbeiterschaft in den U. S. A.? Ist diese nicht tatsächlich einer jeden Ausübung ihrer Bürgerrechte beraubt? Erstens, weil sie diese ihre Rechte nicht kennt, und zweitens, weil zu deren Durchsetzung Zeit und Geld und Macht gehören. Die Politiker aber und auch die Richter — die Legislative also wie die Exekutive — sind in Amerika ausschließlich *Besitzende* oder Männer von der Gesinnung der Besitzenden. Ich will

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id355966999-19320800/27
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG
UNIVERSITÄT ERFURT